



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin a.D.

Pressemitteilung

Widmann-Mauz MdB: Russischer Angriff auf die Ukraine verlangt harte Reaktion

Berlin, den 24. Februar 2022

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen-
Hechingen

Zum russischen Angriff auf die Ukraine erklärt Annette Widmann-Mauz MdB, Wahlkreisabgeordnete für Tübingen-Hechingen und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages:

„Heute ist ein schwarzer Tag für Europa. Ich verurteile den Angriff Russlands auf die Ukraine aufs Schärfste. Russland setzt sich über alle Regeln hinweg, die Frieden, Freiheit und Stabilität für uns in Europa garantieren. Vor unseren Augen vollzieht sich genau das, was viele nicht wahrhaben wollten: Russland greift Gebiete in der gesamten Ukraine an – aus der Luft und mit Bodentruppen, die über Belarus und über die Kontaktlinie im Osten in die Ukraine vordringen. Präsident Putin hat unmissverständlich klar gemacht, dass er kein Interesse mehr an einer diplomatischen Lösung hat. Er will die europäische Ordnung revidieren und ist dafür bereit, Krieg zu führen und unsägliches menschliches Leid in Kauf zu nehmen“, so Widmann-Mauz.

„Das muss auch Konsequenzen für Deutschland und Europa haben. Auf diese vorsätzliche Invasion muss die Europäische Union schnell und geschlossen mit einer Sprache reagieren, die Putin versteht und die Russland hart trifft. Dazu gehören einschneidende weitreichende Sanktionen in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Technologie und Energie. Darüber hinaus müssen aber auch deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine zur ihrer Verteidigung auf den Tisch. Mit der Grenzüberschreitung Putins wurde in doppelter Hinsicht eine Stufe der Eskalation erreicht, die nicht folgenlos bleiben kann, ohne dass die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in unsere Werteordnung und Verteidigungsbereitschaft massiv beschädigt würden. Gerade in dieser Situation dürfen wir diejenigen nicht im Stich lassen, die an eine regelbasierte internationale Ordnung glauben und für sie eintreten. Die Ukraine und unsere Nato-Verbündeten in Osteuropa und dem Baltikum sind jetzt auf unsere Unterstützung und Hilfe zur Selbstverteidigung angewiesen.“